

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Fraktion im Kreistag des Landkreises Northeim

Landkreis Northeim
Z. Hd. Frau Landrätin
oder Vertretung im Amt
Medenheimer Straße 6-8
37154 Northeim
Per Mail

01.05.2022

**ANTRAG gem. § 7 der Geschäftsordnung für den Kreistag, seine Ausschüsse
und den Kreisausschuss**

**Hier: Strukturprojekte zur Entwicklung und Erprobung besonderer Maßnahmen
insbesondere für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine**

Sehr geehrte Frau Landrätin!

Derzeit suchen viele Menschen aus der Ukraine in Deutschland Schutz vor der Gewalt der russischen Armee. Über 1400 Geflüchtete haben derzeit im Landkreis Northeim Aufnahme gefunden. Auch wenn die weitere Entwicklung stark vom Kriegsverlauf abhängt, ist aktuell davon auszugehen, dass viele Geflüchtete auch länger in der Region bleiben werden. Neben den aktuell vorrangigen humanitären Fragestellungen und Herausforderungen ist es wichtig, dass die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine schon frühzeitig für eine Beschäftigung in unserem Arbeitsmarkt unterstützt werden. Viele Ukrainerinnen und Ukrainer verfügen über ein gutes Qualifikationsniveau, so dass eine Arbeitsmarktintegration mittelfristig auch einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten kann.

Wir beantragen deshalb:

1. Der Kreisausschuss und der Kreistag begrüßen die Integration von geflüchteten Menschen aus der Ukraine in den hiesigen Arbeitsmarkt.
2. Die Landrätin wird beauftragt, im Rahmen der Richtlinie des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums „Unterstützung Regionaler Fachkräftebündnisse 2021-2027“ Fördermittel insbesondere für folgende Themen zu beantragen
 - Verbesserung der Zusammenführung (Matching) von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage,
 - Information und Sensibilisierung von Fachkräften und Unternehmen zur Fachkräftesicherung,
 - Regionales Fachkräftemarketing und Berufemarketing,
 - Stärkung der Willkommenskultur/Betreuung internationaler Fachkräfte,
 - Stärkung beruflicher Weiterbildung, Unterstützung des digitalen Wandels und von Arbeit 4.0,
 - Fachkräfte-Netzwerke für Branchen, Berufe oder Zielgruppen.

Die Maßnahmen sollen im Schwerpunkt auf Flüchtlinge aus der Ukraine ausgerichtet sein. Sie sollen anknüpfen an die Maßnahmen, die wir mit Antrag vom 12.07.2018

(vgl. Drs.-Nr. 612/19) für die Bereitstellung von Mitteln für die Sprachförderung für Migrantinnen und Migranten angestoßen haben.

3. Mittel für eine eventuelle Kofinanzierung sind bereitzustellen.

Aufgrund der Eilbedürftigkeit (gemäß Ausschreibung müsste der Antrag bei der N-Bank am 30. Juni 2022 vorliegen) bitten wir in Abweichung von der Geschäftsordnung um eine Beratung bereits im Kreisausschuss am 09.05.2022. Dort kann die Beauftragung der Landrätin gem. Pkt. 2 unseres Antrages erfolgen, um dann zeitnah zu einer abschließenden Beratung und Entscheidung zu gelangen.

Mit freundlichen Grüßen



Uwe Schwarz, MdL
Vorsitzender



Peter Traupe
Geschäftsführer